

Zivilgesellschaft in der Ukraine - rosige Aussichten?

Luckfiel, Elise

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Luckfiel, E. (2007). Zivilgesellschaft in der Ukraine - rosige Aussichten? *Ukraine-Analysen*, 31, 2-6. <https://doi.org/10.31205/UA.031.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



ZIVILGESELLSCHAFT

■ ANALYSE	
Zivilgesellschaft in der Ukraine – rosige Aussichten?	2
Von Elise Luckfiel, Berlin	
■ GRAFIKEN ZUM TEXT	
Die ukrainische Zivilgesellschaft in Zahlen	6
Teil 1: Aktivitäten	7
Teil 2: Einschätzung der Beziehungen zum Staat	8
Teil 3: Finanzen	10
Teil 4: Organisationsstruktur	11
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 13. November bis zum 26. November 2007	13
<hr/>	
■ LESEHINWEIS	
OSTEUROPA Heft 10 / Oktober 2007	14

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 11.12.2007.

Themen werden das Visaregime zwischen der Ukraine und der EU sowie die ukrainische Flüchtlings- und Asylpolitik sein.



Analyse

Zivilgesellschaft in der Ukraine – rosige Aussichten?

Von Elise Luckfiel, Berlin

Zusammenfassung

Die Zivilgesellschaft in der Ukraine wurde lange als schwach und marginalisiert wahrgenommen. Erst die Massenproteste im Winter 2004 zeigten das erhebliche Protestpotential der ukrainischen Bevölkerung. Doch bereits in den 1990er Jahren hat es einen NGO-Boom gegeben. Der Großteil dieser Organisationen ist allerdings wieder in der Passivität verschwunden. Die tagtägliche Arbeit von ukrainischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist beschwerlich. Die staatlichen Rahmenbedingungen haben sich zwar seit 2004 verbessert, anhaltende Probleme sind jedoch die inadäquate Finanzierung und Unterstützung von Seiten des Staates. In diese Lücke stoßen ausländische Geberorganisationen. Die oftmals langfristige Finanzierung durch diese Akteure hat neben den zweifelsohne positiven Effekten auch negative Auswirkungen, wie beispielsweise eine einseitige Abhängigkeit der Organisationen und die Entstehung eines künstlich geschaffenen NGO-Sektors.

Einleitung

Die friedlichen Massenproteste in der Ukraine während der Präsidentschaftswahl 2004 waren für viele Beobachter ein Zeichen, dass sich die ukrainische Zivilgesellschaft von ihrem Schattendasein der 1990er Jahre befreit hat. Gesellschaftliche und politische Beteiligung waren unter der ukrainischen Bevölkerung bis dahin wenig verbreitet. Man war zu sehr mit der Absicherung der eigenen Existenz beschäftigt, als für das Gemeinwohl oder die eigenen Interessen auf die Straße zu gehen oder sich in nachbarschaftlichen Initiativen zu engagieren. Dabei kam es bereits Ende der 1990er Jahre zu einem Gründungsboom von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in der Ukraine. Von 1995 bis 2000 stieg die Zahl der registrierten NGOs von 4.000 auf 30.000 an. 2005 waren nach Angaben des Justizministeriums bereits 41.000 NGOs (politische Parteien und Gewerkschaften ausgenommen) in der Ukraine registriert. Ein Großteil dieser Organisationen existiert jedoch nur auf dem Papier. Nach Erhebungen der ukrainischen NGO *Counterpart Creative Center* aus dem Jahre 2005 sind lediglich 4.000 bis 5.000 Nichtregierungsorganisationen in der Ukraine wirklich aktiv tätig. Sicherlich haben die Ereignisse der Orangen Revolution die öffentliche Aufmerksamkeit auf den zivilgesellschaftlichen Sektor in der Ukraine gelenkt. Die langfristige Wirkung dieser Zäsur für die ukrainische Zivilgesellschaft ist jedoch noch nicht absehbar oder mit den Worten eines NGO-Vertreters ausgedrückt: »It is not so rosy in Ukraine.«

Die Demokratisierung und Konsolidierung des politischen Systems der Ukraine lief mit einiger Verspätung an und geriet auf halbem Wege ins Stocken. Bis heute sind die demokratischen Spielregeln unzureichend ausgearbeitet und werden nicht von allen politischen Akteuren anerkannt. Einerseits ist die Entwicklung der

ukrainischen Zivilgesellschaft eng mit diesem Transformationsverlauf verknüpft. Andererseits spielen externe Faktoren wie die Förderung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten durch ausländische Geberorganisationen eine maßgebliche Rolle für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in der Ukraine.

Nach der massiven Unterdrückung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in Zeiten der Sowjetunion, der langsamen Öffnung und Pluralisierung der Gesellschaft während Glasnost und Perestroika und letztendlich dem Regimewechsel kam es in den 1990er Jahren zu einer Reorganisation der Zivilgesellschaft in der Ukraine. Die anti-sowjetische Protest- und Unabhängigkeitsbewegung *Narodnyj Ruch Ukrainy sa Perebudovu (Volksbewegung der Ukraine für die Perestroika)* war zwar maßgeblich am Systemwechsel beteiligt, die ersten Reformen zur Umgestaltung des politischen Systems wurden jedoch von der autoritären Führung der Kommunistischen Partei durchgeführt. Ein wesentlicher Anstoß für das Wiederaufleben oppositioneller Kräfte in der Ukraine war neben der Reformpolitik der Reaktorunfall von Tschernobyl im April 1986. Die Verharmlosung der Unfallfolgen und die Verschleppung der Sicherheitsmaßnahmen durch die sowjetische Führung mobilisierten große Teile der ukrainischen Bevölkerung. Nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1991 zerfiel die von Anfang an sehr heterogene *Ruch* aufgrund fehlender interner Dialogbereitschaft rasch in unterschiedliche Lager, welche heute eine untergeordnete Rolle im ukrainischen Parteienspektrum spielen.

Die ukrainische Zivilgesellschaft im Überblick

Grundsätzlich lassen sich ukrainische zivilgesellschaftliche Organisationen in zwei Kategorien unterteilen: Auf

der einen Seite stehen Organisationen, die ihre Wurzeln in der sowjetischen Zeit haben, auf der anderen Seite steht eine neue Generation von NGOs, deren Zustandekommen im Wesentlichen durch die Unterstützung von westlichen Geberorganisationen angestoßen wurde. Die »alten« Organisationen verfügten vor allem Anfang der 1990er Jahre aufgrund einer meist breiten Mitgliederbasis und eines weiten Netzes an Kontakten zur öffentlichen Verwaltung und zu den politischen Institutionen über eindeutige Vorteile gegenüber den »neuen« Organisationen.

Die Mehrheit der zivilgesellschaftlichen Vereinigungen in der Ukraine ist auf lokaler oder Oblast-Ebene registriert. Regional gesehen konzentrieren sich die Organisationen auf städtische Regionen – im wesentlichen Kiew, Lemberg und Charkiv. In ländlichen, wenig industrialisierten Gebieten sind zivilgesellschaftliche Organisationen dagegen unterrepräsentiert. Betrachtet man die Mitgliederstruktur, so fällt auch auf, dass Angehörige religiöser Minderheiten häufiger vertreten sind. Auffallend ist außerdem, dass ein signifikanter Anteil der befragten Mitglieder mindestens zwei Organisationen angehört.

Unter den Zielgruppen der zivilgesellschaftlichen Organisationen rangieren die »Jugend« und die eigenen Mitglieder auf den ersten beiden Plätzen. Auch in den Tätigkeitsfeldern steht der Kinder- und Jugendbereich an erster Stelle. Es folgen die »Lösung von sozialen Problemen«, Menschenrechte, politische Bildung und Politik, Staat und Wirtschaft als Betätigungsfelder. Betrachtet man den Zeitverlauf, so erbrachten Nichtregierungsorganisationen bis zum Jahr 2000 vor allem soziale Dienstleistungen für Angehörige von marginalisierten Gesellschaftsgruppen. Im ukrainischen Sozialsystem spielen zivilgesellschaftliche Akteure jedoch eine untergeordnete Rolle. Dies liegt zum einen am staatlichen Monopol der sozialen Fürsorge. Staatliche Gelder gehen in erster Linie an öffentliche Einrichtungen. Zum anderen sind soziale und medizinische Dienstleistungen in der Ukraine im Prinzip kostenlos. Dies macht es für die NGOs so gut wie unmöglich, Geld für ihre Dienstleistungen zu verlangen. Zudem ist gesetzlich nicht klar geregelt, ob Einkünfte aus Dienstleistungen oder dem Verkauf von Gütern für gemeinnützige Organisationen überhaupt zulässig sind.

Interessenvermittlung, Protest- und Kontrollaktivitäten gegenüber dem Staat gehörten in den 1990er Jahren weniger zum Betätigungsfeld von ukrainischen NGOs. Dies liegt unter anderem am niedrigen gesellschaftlichen Beteiligungsgrad der ukrainischen Bevölkerung. Dieser lag nach unterschiedlichen Untersuchungen zwischen 9 % und 16 %. Anderen Bevölkerungsumfragen zufolge glaubten nur wenige Personen daran, durch öffentlichen Protest die Situation in Po-

litik und Wirtschaft beeinflussen zu können. Zudem war die Kooperation sowohl innerhalb des zivilgesellschaftlichen Sektors als auch zwischen NGOs und staatlichen Institutionen eher schwach ausgeprägt. Erst mit der Regierung unter Ministerpräsident Juschtschenko (1999–2001) kam es zu einer Intensivierung der Kooperation zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Gesetzliche Rahmenbedingungen

Der Gründungsboom unter zivilgesellschaftlichen Organisationen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre steht vermutlich mit der Verabschiedung mehrerer Gesetze zur Regelung des NGO-Sektors in Verbindung. So wurden beispielsweise die Registrierung von Nichtregierungsorganisationen und die Besteuerung von gemeinnützigen Aktivitäten geregelt. Damit wurde eine Gesetzeslücke geschlossen und rechtliche Grundlage für das Agieren von zivilgesellschaftlichen Vereinigungen maßgeblich ausgebaut. Besonders die Steuergesetzgebung wird von internen Experten als begünstigend für den Dritten Sektor angesehen. Lediglich die Steuerfreistellung von Einkünften aus Dienstleistungen oder dem Verkauf von Gütern ist nicht eindeutig geregelt und dem Ermessen der jeweiligen Steuerbehörde überlassen.

Probleme betreffen daher eher die Implementierung der Regelungen durch die öffentlichen Behörden als deren Wortlaut selbst. Beispielsweise sei der Ablauf der Registrierungsprozedur, so die Ergebnisse eines Forschungsberichts des internationalen NGO-Netzwerkes *CIVICUS*, von dem guten Willen der jeweiligen lokalen Behörden abhängig, was folgende Konsequenzen haben kann: »Many organisations were denied registering simply because of declared advocacy activity, interpreted as political.« Zudem ist das Wissen vieler Verwaltungsbeamten bezüglich der besonderen Bedingungen für gemeinnützige Organisationen ungenügend und die Personalfuktuation in den Dienststellen hoch. Eine weitere Schwierigkeit ist nach dem Rechtsexperten Alexander Vinnikov die Begehung des Rechtswegs für NGOs im Falle von Konflikten mit öffentlichen Behörden. Oft werde überhaupt nicht geklagt, da eine Entscheidung zu viel Zeit und finanzielle Mittel (Anwalts- und Fahrtkosten) erfordere. Insbesondere für kleine Organisationen aus entlegenen Gebieten sei dies ein großes Problem. Als Alternative erfüllten die NGOs entweder die an sie herangetragenen Forderungen (wie z. B. bestimmte Steuern zu entrichten) oder versuchten über eine höhere Verwaltungsstufe und nicht über ein Gericht ihr Recht geltend zu machen.

Zivilgesellschaft und Staat

Die ukrainische Verfassung, einfache Gesetze und Erlasse sehen unterschiedliche Instrumente zur Einbindung von nichtstaatlichen Akteuren in den Politikpro-

zess vor, wie beispielsweise Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Zu den wichtigsten Mechanismen gehören Gremien zur Beratung der exekutiven Verwaltungsorgane auf regionaler und nationaler Ebene. Nach einem Beschluss des Ministerkabinetts dürfen sich diese Gremien mit allen Belangen, die die »gesetzlichen Interessen« der Bürger berühren, befassen. Ihre Beschlüsse haben den Status von Empfehlungen gegenüber den Exekutivorganen. In der Praxis kam es seit 2002 vermehrt zu Initiativen seitens der Regierung, die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu intensivieren. Mehrere parlamentarische Komitees riefen beratende Gremien ins Leben, wie beispielsweise im Bereich der EU-Integration, der Pressefreiheit und der Finanzpolitik. Seit dem Amtsantritt von Präsident Viktor Juschtschenko haben sich weitere Gremien auf nationaler Ebene gebildet, die bereits mehrere Gesetzesvorschläge in konstruktiver Kooperation erarbeitet haben. Diese Entwicklung konnte ebenso in den Regionen beobachtet werden.

Kritisch zu bewerten bleibt, dass es für staatliche Organe keine Pflicht zur Informationsweitergabe an Nichtregierungsorganisationen gibt und keine Instrumente zur Kontrolle von Regierungshandeln durch gesellschaftliche Organisationen existieren. Außerdem wird kritisiert, dass die existierenden formellen Instrumente zur Interessenvermittlung bisher nur ungenügend genutzt und umgesetzt werden. So fand Ende November 2005 erstmalig eine vom Präsidenten initiierte öffentliche Anhörung für NGO-Vertreter statt. Da die Präsidialadministration den nichtstaatlichen Teilnehmern nicht genügend Mitwirkung bei der Agendagestaltung gab, nahmen einige der führenden NGO-Vertreter aus Protest nicht an der Veranstaltung teil.

Neben den formellen Kanälen der Interessenvermittlung spielen informelle Beziehungen insbesondere auf der lokalen Ebene eine große Rolle. Lokale Behörden nutzen diese informellen Kommunikationspfade eher mit Organisationen, die soziale Dienstleistungen erbringen, als mit solchen, die aktiv die Interessen ihrer Mitglieder oder anderer Bevölkerungsgruppen vertreten. Intransparenz von Entscheidungswegen und einseitige Vorteilsnahme können die Folge solcher Praxis sein. So sehen auch viele Vertreter von NGOs diese Handlungspraktiken als eines der zentralen Hindernisse in der Kooperation zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Seit den Präsidentschaftswahlen 1999 war weiterhin zu beobachten, dass Nichtregierungsorganisationen zunehmend als Kontrollinstanz gegenüber dem Staat zum Schutze grundlegender Bürgerrechte, insbesondere des Wahlrechts agierten. Herauszuheben sind hier das NGO-Netzwerk *Freiheit der Wahl (Koalicija „Svoboda Vyboru“)* und die Organisation *Wählerkomitee der Uk-*

raine (Komitet Vyborciv Ukrainy). Beide sind vornehmlich in der Wahlbeobachtung und der politischen Bildung tätig. Als weiteres Beispiel kann die Menschenrechtsgruppe *Charkiv (Charkivska Pravosachysna Hrupa)* genannt werden, die sich bereits seit Anfang der 1990er Jahre für die Sicherung politischer Grundrechte in der Ukraine einsetzt.

Einen entscheidenden Impuls für das Zustandekommen und die Formierung von zivilgesellschaftlichen (vor allem oppositionellen) Vereinigungen gab die im Jahr 2001 ins Leben gerufene Bewegung *Ukraine ohne Kutschma*. Sie wurde von der damaligen Energieministerin Julia Timoschenko und dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei der Ukraine (SPU), Oleksandr Moroz, als Reaktion auf die Ermordung des präsidentenkritischen Journalisten Goergi Gongadze und die möglichen Verwicklungen des damaligen Präsidenten Leonid Kutschma gegründet. Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit der Ukraine kam es in Kiew – ausgelöst durch die Bewegung – zu nennenswerten Straßenprotesten (bis zu 30.000 Teilnehmer). Aufgrund der divergierenden Standpunkte der beteiligten Akteure, der negativen Berichterstattung in den Massenmedien und der letztendlich zu geringen Beteiligung der Bevölkerung blieb diese Bewegung zumindest für den Moment erfolglos. Und dennoch: Es wurde zum ersten Mal öffentlich eine politische Alternative zum Kutschma-Regime artikuliert. Das daraus entstandene Bewusstsein in der Bevölkerung, die Formierung der Opposition und die zunehmenden internen Zerfallserscheinungen des Kutschma-Lagers trugen neben den friedlichen Massenprotesten entscheidend zur Wiederholung des zweiten Wahlgangs bei den Präsidentschaftswahlen 2004 und zur Wahl Juschtschenkos zum Präsidenten bei.

Nicht nur im Bereich der Interessenvertretung, über Protestaktivitäten oder über regelnde und kontrollierende Prozeduren (Registrierung/ Steuerprüfung) treffen Zivilgesellschaft und Staat aufeinander, sondern auch über die staatliche Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen. So schreibt beispielsweise das ukrainische Ministerium für Familie, Jugend und Sport seit 2002 jährlich einen Wettbewerb zur Finanzierung von Aktivitäten von Jugendorganisationen aus. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Zuschüsse im Jugendbereich von einem Dachverband ukrainischer Jugendorganisationen (Nationales Komitee der Ukrainischen Jugend – UNKMO) verwaltet. Diese Verteilungspraxis stieß jedoch bei einem konkurrierenden Verband auf scharfe Kritik und wurde so zurück in die Hände des Ministeriums gegeben. Auch regionale und lokale Exekutivbehörden vergeben Zuschüsse an Nichtregierungsorganisationen. Nach den Ergebnissen einer Studie aus dem Jahr 2004 beträgt die durchschnittliche Höhe der finanziellen Unterstützung von ukrainischen

NGOs durch den Staat 500 US\$. Zudem profitiert lediglich ein knappes Drittel der NGOs überhaupt von dieser Unterstützung. Damit ist der Umfang der finanziellen Unterstützung seitens des ukrainischen Staates – vor allem im Vergleich zu anderen Finanzierungsquellen – gering. Zudem erschwert der Mangel an transparenten Verteilungsprozeduren und einer gesetzlichen Grundlage für viele NGOs den Zugang zu diesen Ressourcen. Neben den finanziellen Zuschüssen erhalten NGOs von Regierungsbehörden zudem Sachleistungen oder die Befugnis Räumlichkeiten oder Gelände für ihre Zwecke zu nutzen. Der Wert dieser Leistungen überstieg in seltenen Fällen 500 US\$ umgerechnet auf einen Zeitraum von zwei Jahren.

Zivilgesellschaft und ausländische Geberorganisationen

Aufgrund der beschriebenen Situation und einer bisher schwach entwickelten privaten Spendenbereitschaft und Stiftertätigkeit in der Ukraine sind die meisten NGOs auf die Finanzierung ihrer Aktivitäten durch externe Geberorganisationen angewiesen. Die ausländische Finanzierung macht nach Erhebungen des Counterpart Creative Centers rund 70 % (2004) des Gesamtbudgets einer NGO aus. Die Gelder werden in der Regel über öffentliche Ausschreibungsverfahren und projektgebundene Zuschüsse – sogenannte *grants* – vergeben. Diese Praxis ist vor allem bei anglophonen Gebern, wie der Charles Stuart Mott Foundation oder der International Renaissance Foundation, aber auch bei der Kommission der Europäischen Union verbreitet. Deutsche Geber, wie beispielsweise die Friedrich-Ebert-Stiftung, verfolgen einen anderen Ansatz. Sie schreiben keine Projekte aus, sondern treten von sich aus mit bestimmten Organisationen in Kontakt. Zudem werden keine Gelder für die Umsetzung von Projekten vergeben, sondern vielmehr Diskussionsplattformen und Vernetzungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Weitere für die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten bedeutende Geber in der Ukraine sind: USAID (United States Agency for International Development), der British Council, UNICEF, SIDA (Swedish International Development Cooperation Agency), die Eurasia Foundation und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit der Schweizer Regierung. Das Feld der ausländischen Förderorganisationen erstreckt sich von multilateralen über staatliche bzw. halbstaatliche bis zu privaten Institutionen und Stiftungen. Auffällig für die Ukraine ist die Dominanz von US-amerikanischen Förderorganisationen.

Der Fokus der Fördertätigkeiten verschob sich in den 1990er Jahren von der »zentralen« auf die »lokale« Ebene (ländliche Räume). Dennoch floss auch noch von 1999 bis 2002 der überwiegende Anteil westlicher För-

dergelder an Organisationen in größeren Städten wie Kiew und die Kiewer Region (34 %), Simferopol und die Krim (9 %), Lemberg (8 %), Odessa (7 %), Charkiv (4 %) und Donetsk (4 %). Die Konzentration auf die Hauptstadt kann dadurch erklärt werden, dass ukraineweite Projekte in der Regel von gut ausgestatteten Organisationen durchgeführt werden, welche zum größten Teil ihren Sitz in Kiew haben. Nichtregierungsorganisationen in den am wenigsten geförderten Regionen (Sumy, Volyn, Rivne und Tschernihov) fehlt es oft an ausreichender Kapazität, die Projektanforderungen zu erfüllen. Zudem führt die Abwesenheit der Geberorganisationen bzw. deren Vertretungen vor Ort und eine inadäquate Art und Weise der Kommunikation (z. B. lediglich über das Internet) zu einem Mangel an Informationen über laufende Ausschreibungen

Die regionale Verteilung der Fördergelder lässt sich außerdem durch andere Faktoren wie den Förderbereich und die Größe der Fördersumme erklären. So haben Förderprogramme, die auf die Erbringung sozialer Dienstleistungen gerichtet sind, eine größere regionale Streuung. Dies liegt auch daran, dass soziale Dienstleistungsorganisationen im ganzen Land vertreten sind. Die Fördersummen sind im Einzelnen eher klein, was die Verwaltung durch die ländlichen Organisationen erleichtert. Großformatige Förderprogramme richten sich in der Regel an gut ausgestattete Organisationen aus dem Zentrum und den Regionen um Lemberg, Donetsk oder Charkiv. Das Bild der regionalen Konzentration lässt sich jedoch relativieren, wenn man beachtet, dass große Kiewer Organisationen oft über Zweig- oder Partnerorganisationen in den Regionen verfügen. Zudem stützen Projekte wie beispielsweise das EU-TACIS Projekt »NGO Development Ukraine, Kiev and selected regions« gerade die Entwicklung von kleinen NGOs in ländlichen Gebieten.

Kritik an der Förderpraxis und den Auswirkungen der externen Förderung wird analog zur internationalen entwicklungspolitischen Debatte auch in der Ukraine geübt. So habe die externe Förderung bei einem Teil der Organisationen bereits zu einer teilweisen Entfremdung von der einheimischen Bevölkerung und einer Fixierung auf ausländische Geberorganisationen geführt (»grant-eating«). Diese Fixierung könne dazu führen, dass nicht nach alternativen Fördermöglichkeiten gesucht werde, die das langfristige Bestehen der Organisation sicherten. Weiterhin wird bemängelt, dass nur wenige NGOs als gleichwertige Partner der Geberorganisationen agierten und sich aktiv an der Konzeption der Förderprogramme beteiligten. Die Geberorganisationen sehen sich mit der Kritik konfrontiert, dass sie ihre Projekte nicht transparent dokumentierten (vor allem die deutschen Geber), die Koordination untereinander – mit Ausnahme der anglophonen Geber – man-

gelhaft sei, dies zu Dopplungen führe und die Projekte unzureichend evaluiert würden.

Resümee

Wie ist es nun um die ukrainische Zivilgesellschaft bestellt? Nach den vorhandenen Informationen ist das Bild ambivalent. Die ukrainische Zivilgesellschaft hat sich von der Unabhängigkeit bis heute professionalisiert und seit 2000 ihre Tätigkeiten der Interessenvermittlung und Kontrolle gegenüber dem Staat ausgeweitet. Die Organisationen sind zunehmend auf die Koopera-

tion mit staatlichen Vertretern ausgerichtet. Zentrale Probleme bleiben die inadäquate Implementierung von Regelungen zum NGO-Sektor und die geringe Bereitschaft zur Kooperation seitens der Exekutive, die anhaltende schwache gesellschaftliche Beteiligung und ein Mangel an privater Spendenbereitschaft. Die Zukunft der ukrainischen Zivilgesellschaft wird auch weiterhin von der Frage abhängen, ob sich die politischen Institutionen in der Ukraine stabilisieren und der Staat zu einem verlässlichen Partner wird.

Über die Autorin:

Elise Luckfiel hat Politikwissenschaft an der Universität Potsdam studiert und während ihres Studiums einen Freiwilligendienst in ukrainischen Nichtregierungsorganisationen geleistet. Im Rahmen ihrer Diplomarbeit hat sie eine Feldstudie zu Jugendorganisationen in Kiew durchgeführt.

Lesetipp:

- Kuts, Svitlana /Palyvoda, Lyubov (2006): Civil Society in Ukraine »Driving Engine or Spare Wheel for Change?« CIVICUS Civil Society Index Report for Ukraine. Center for Philanthropy, Counterpart Creative Center, CIVICUS: World Alliance for Citizen Participation, Kyiv. http://www.civicus.org/new/media/CSI_Ukraine_Country_Report.pdf
- Luckfiel, Elise: Zwischen Staat und externer Förderung – Zivilgesellschaftliche Akteure in der Ukraine. Eine empirische Untersuchung von Nichtregierungsorganisationen in Kiew. Stuttgart: Ibidem-Verlag (in Vorbereitung).

Grafiken zum Text

Die ukrainische Zivilgesellschaft in Zahlen

Die folgenden Grafiken basieren auf einer Studie des ukrainischen Counterpart Creative Center (<http://www.ccc.kiev.ua>). Sie geben die Ergebnisse einer seit 2002 jährlich durchgeführten Befragung von jeweils etwa 600 Nichtregierungsorganisationen wider. Die Studie ist damit bisher die einzige in der Ukraine, die versucht den zivilgesellschaftlichen Sektor anhand von quantitativen Daten zu erforschen.

An der Repräsentativität der Studie sind allerdings Zweifel angebracht. Erstens werden keine Angaben zum Auswahlverfahren gemacht. Zweitens ist aufgrund der Vielzahl von »Karteileichen« (registrierte, aber nicht aktive NGOs) die Grundgesamtheit für die Stichprobenauswahl nicht eindeutig bekannt. Drittens ist die Stichprobe im Zeitraum von 2002 bis 2005 zu über 80 % unverändert geblieben. Damit entsteht der Eindruck, dass einfach alle NGOs einbezogen werden, zu denen Zugang besteht, die Minimal Kriterien erfüllen und die sich zu einer Teilnahme an der Befragung bereit erklären.

Falls die Schätzung von insgesamt etwa 4.000 aktiven NGOs in der Ukraine annähernd korrekt ist, erfassen die Umfragen aber immerhin einen Anteil von insgesamt etwa 15 %. Die entsprechenden Daten können deshalb dazu dienen, zumindest einige zentrale Aspekte der Situation und Einschätzungen der ukrainischen NGOs schlaglichtartig zu beleuchten. Durch die relativ große Konstanz der Stichprobe lassen sich darüber hinaus für die erfassten NGOs auch Entwicklungen über die Zeit nachvollziehen.

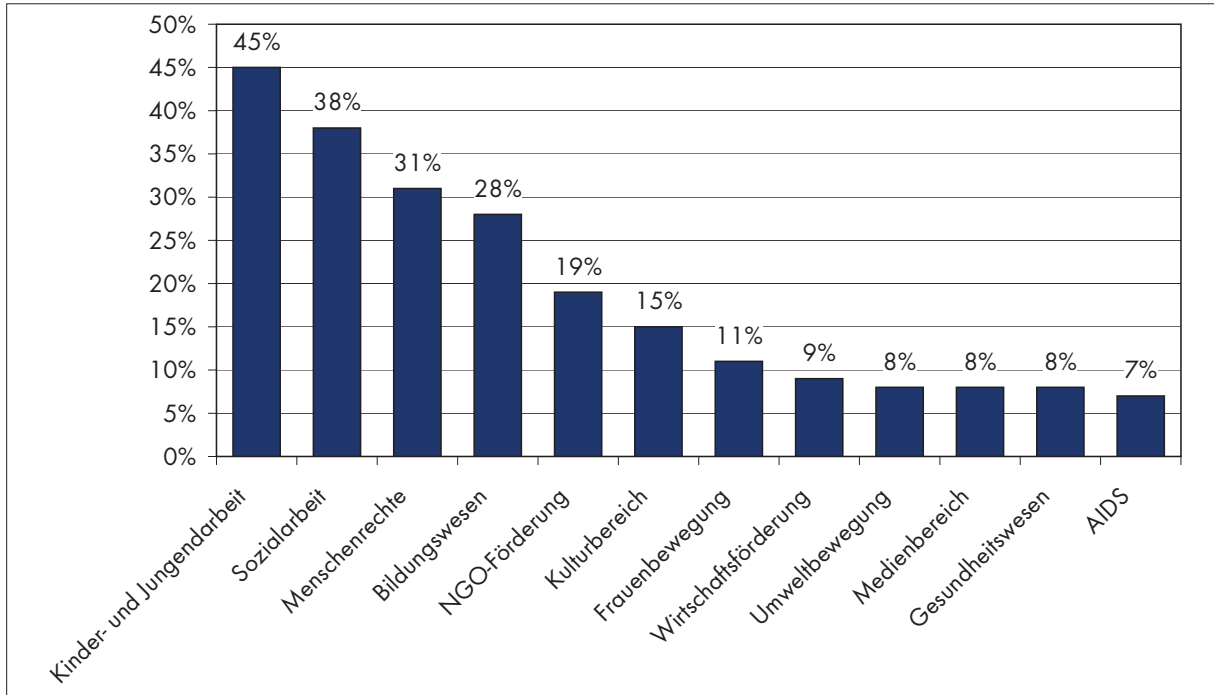
Die Studien werden im Internet veröffentlicht. Die aktuellste Studie (Ergebnisse von 2006) ist nur auf ukrainisch vorhanden unter http://www.ccc.kiev.ua/data/ZVIT_ua.pdf

Eine englischsprachige Auswertung der Ergebnisse für 2002 bis 2005 findet sich unter http://www.ccc.kiev.ua/data/CSI_Ukraine_Country_Report.pdf

Elise Luckfiel / Lina Pleines

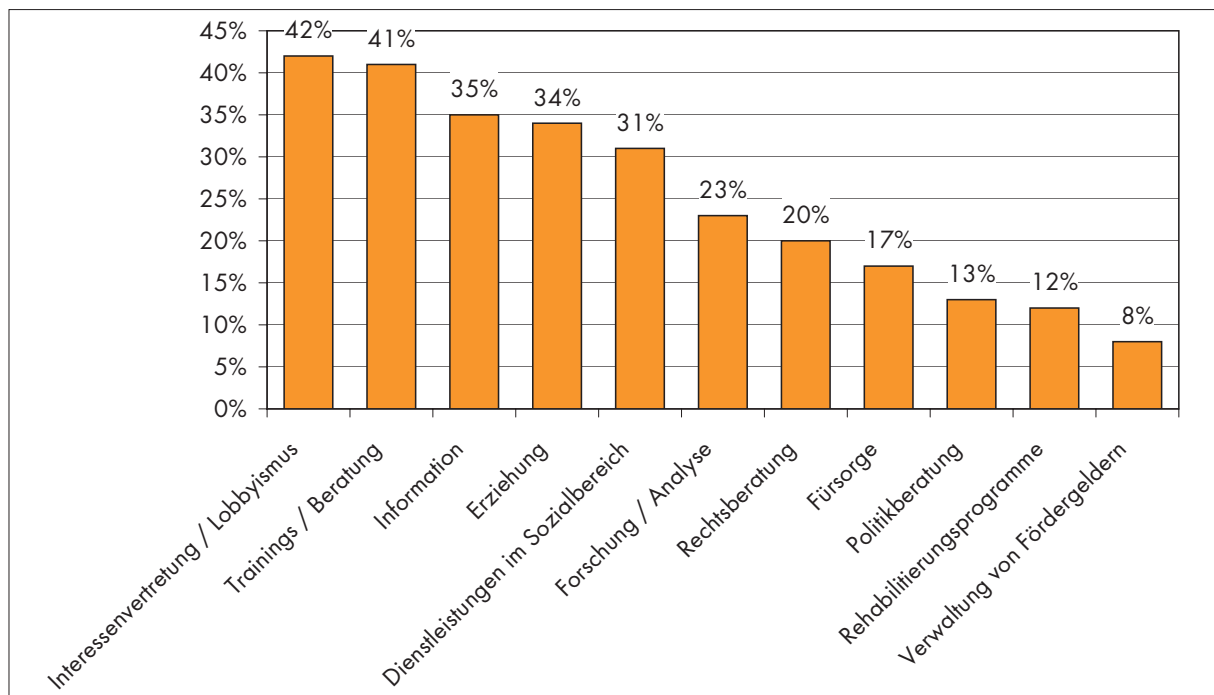
Teil 1: Aktivitäten

Grafik 1: Tätigkeitsbereiche (Mehrfachnennungen möglich)

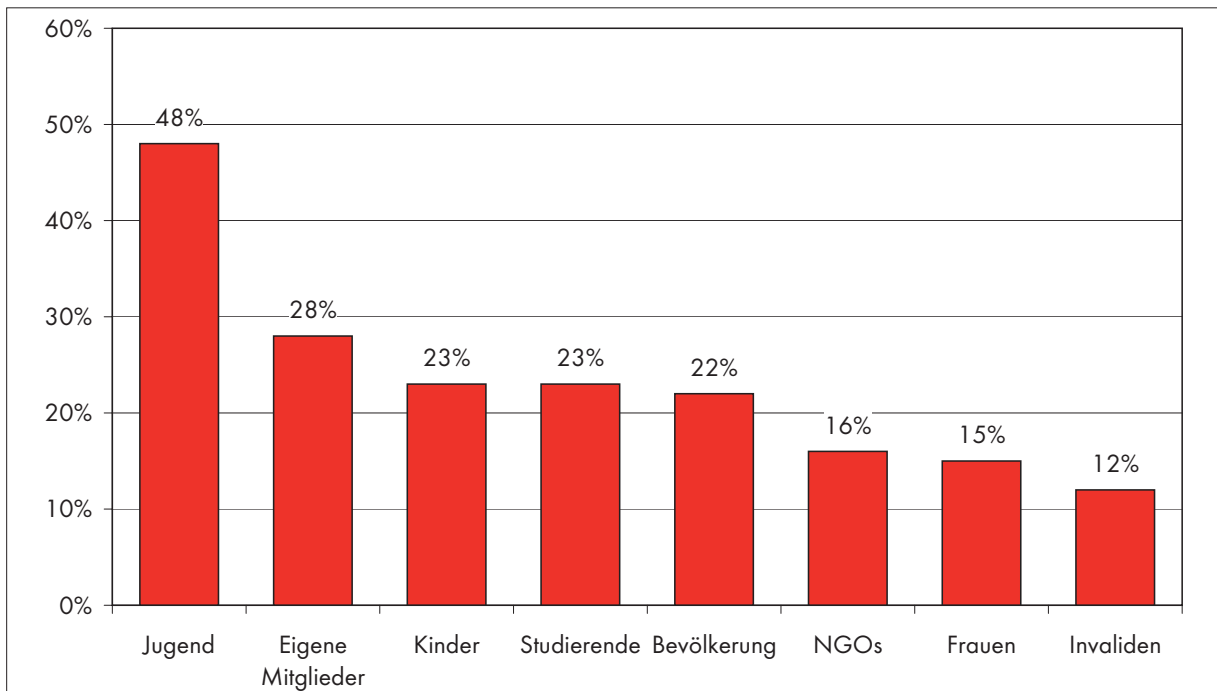


Anmerkung: Alle Bereiche mit einem Anteil über 5 %.

Grafik 2: Zentrale Maßnahmen (Mehrfachnennungen möglich)

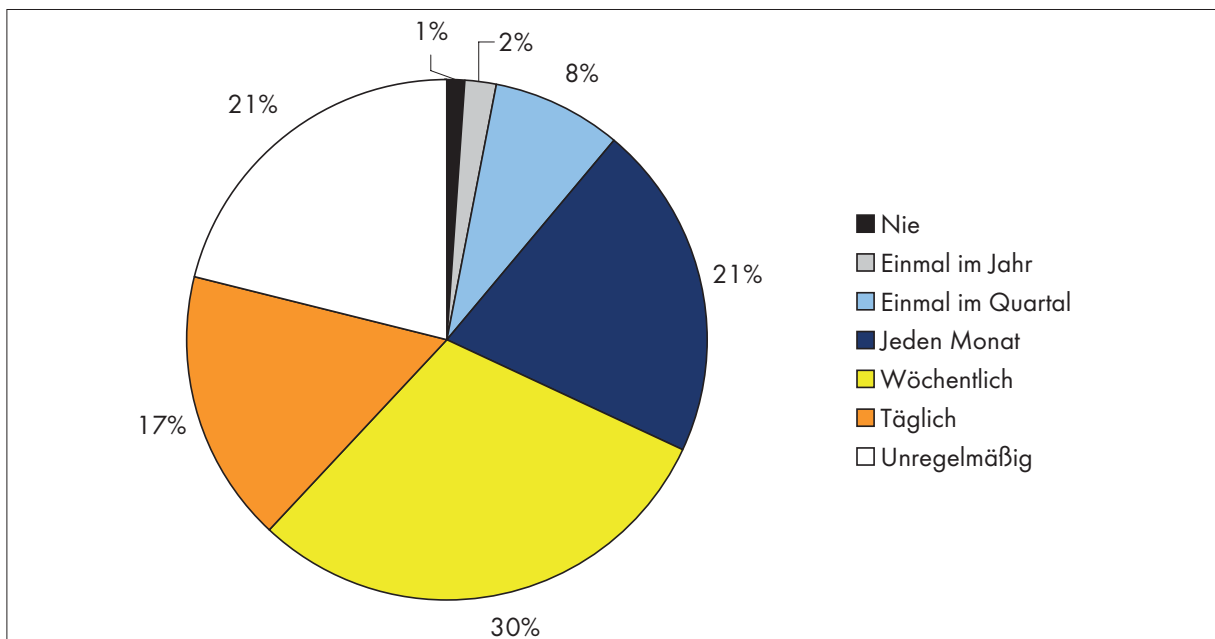


Anmerkung: Alle Bereiche mit einem Anteil über 5 %.

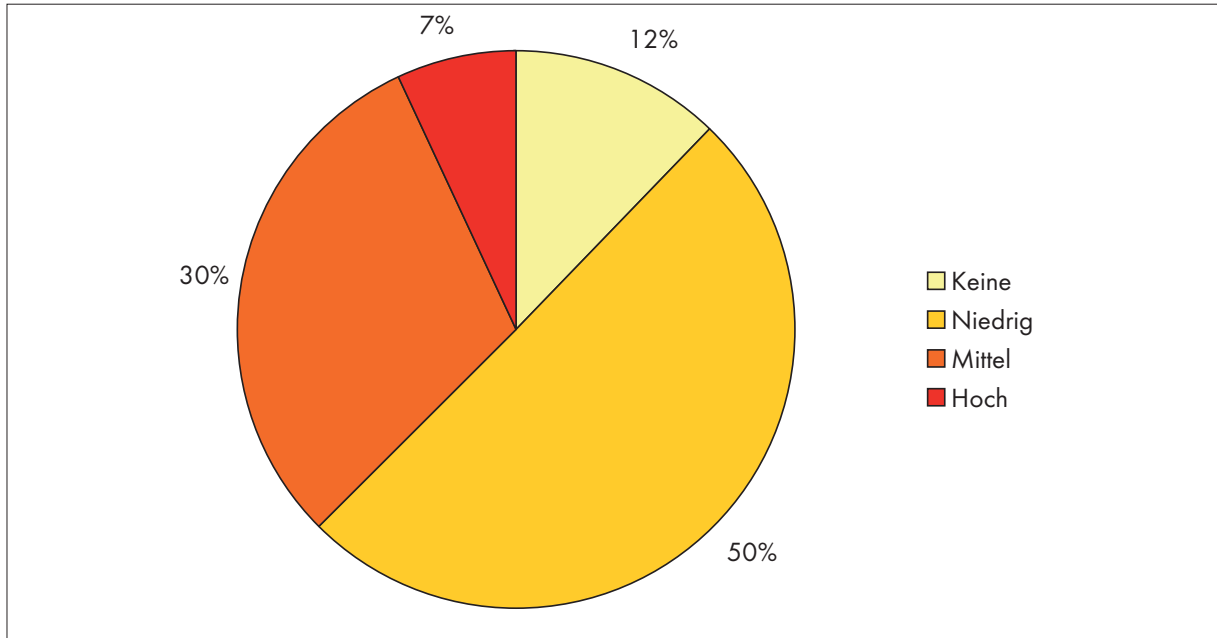
Grafik 3: Zentrale Zielgruppen (Mehrfachnennungen möglich)


Anmerkung: Alle Gruppen mit einem Anteil über 10 %.

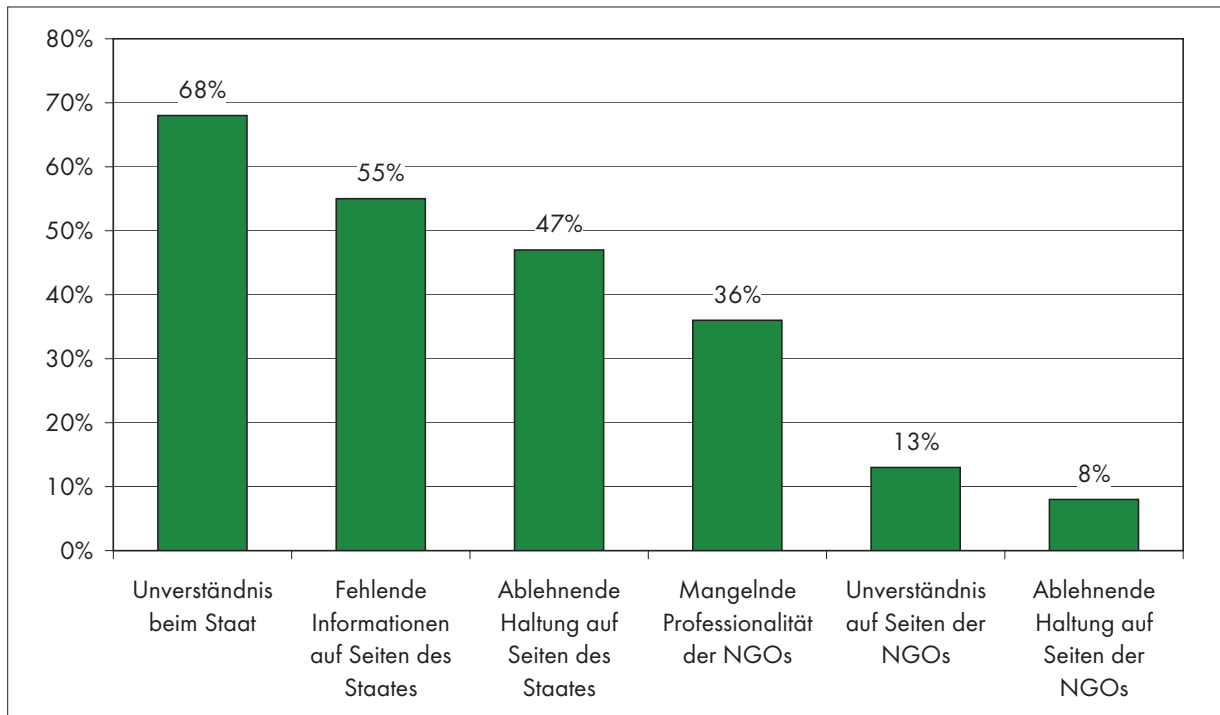
Teil 2: Einschätzung der Beziehungen zum Staat

Grafik 4: Häufigkeit der Kontakte mit staatlichen Akteuren


Grafik 5: Grad der Zusammenarbeit zwischen NGOs und Staat auf der nationalen Ebene (Selbsteinschätzung)

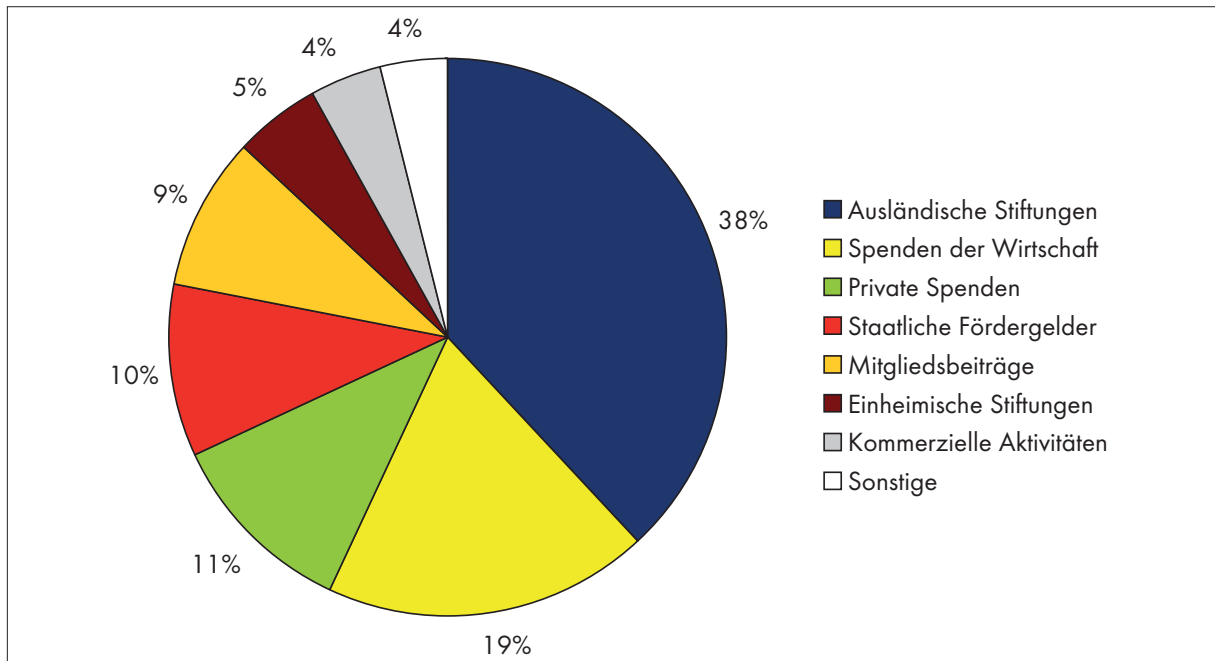


Grafik 6: Ursachen für die unzureichende Zusammenarbeit auf der nationalen Ebene (Mehrfachnennungen möglich)

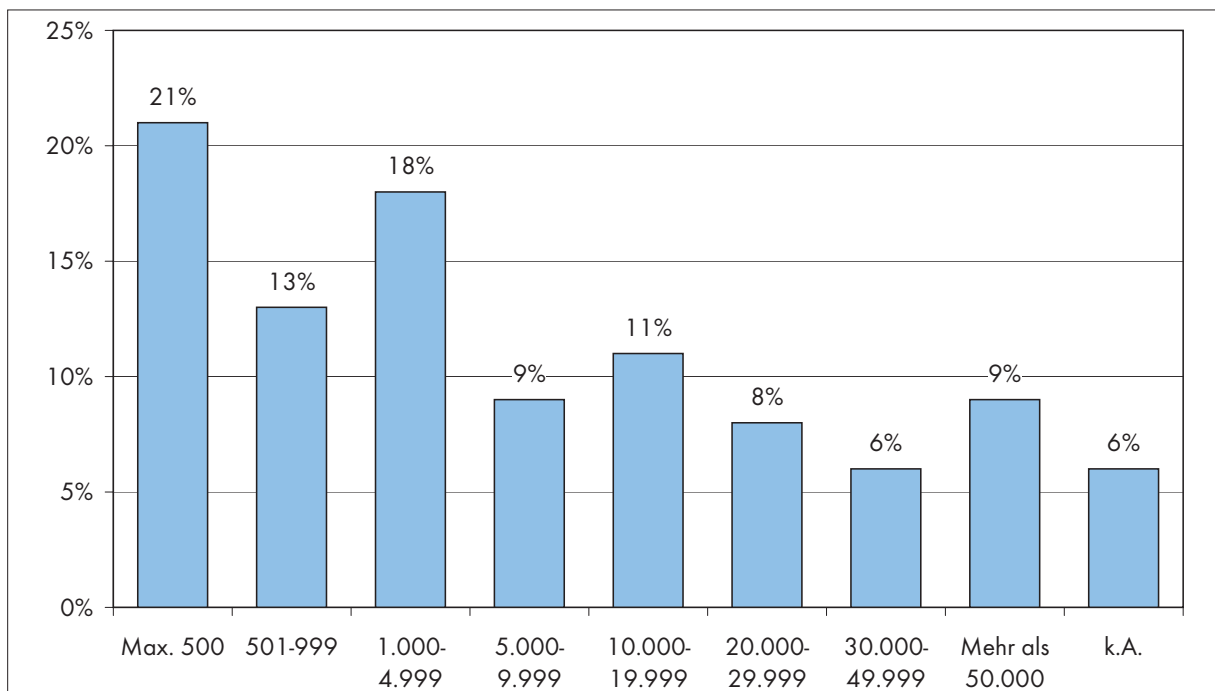


Teil 3: Finanzen

Grafik 7: Finanzierungsquellen 2005

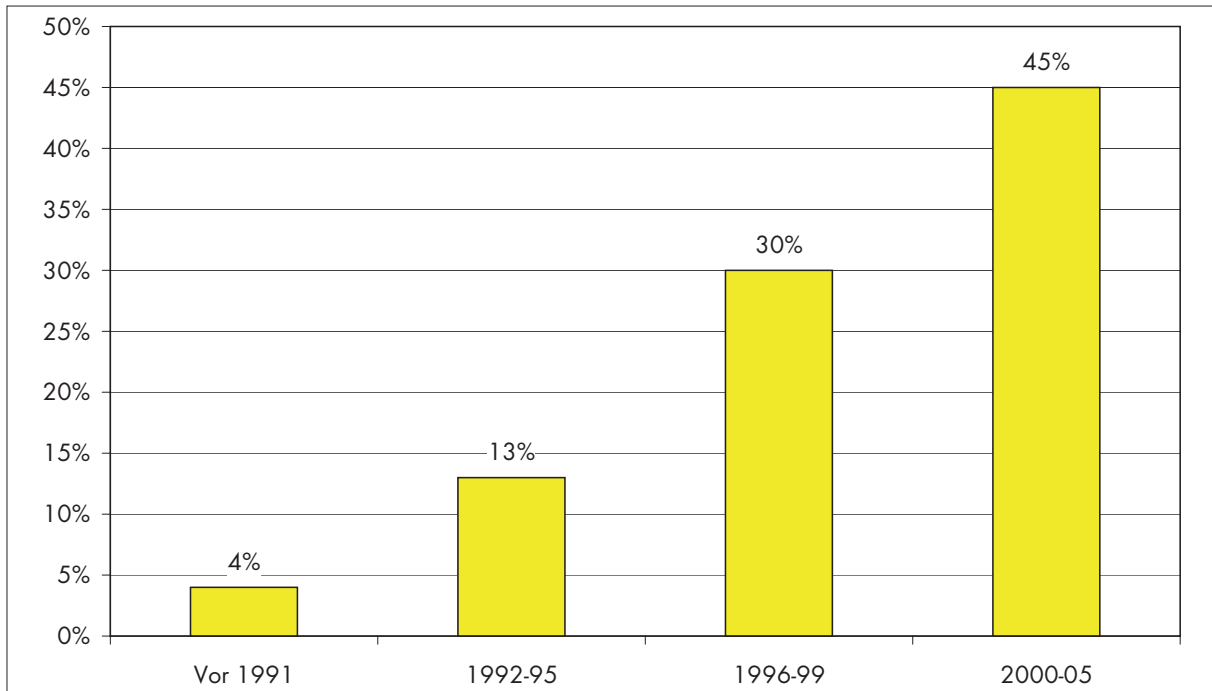


Grafik 8: Höhe der Gesamteinnahmen 2005 (in USD)

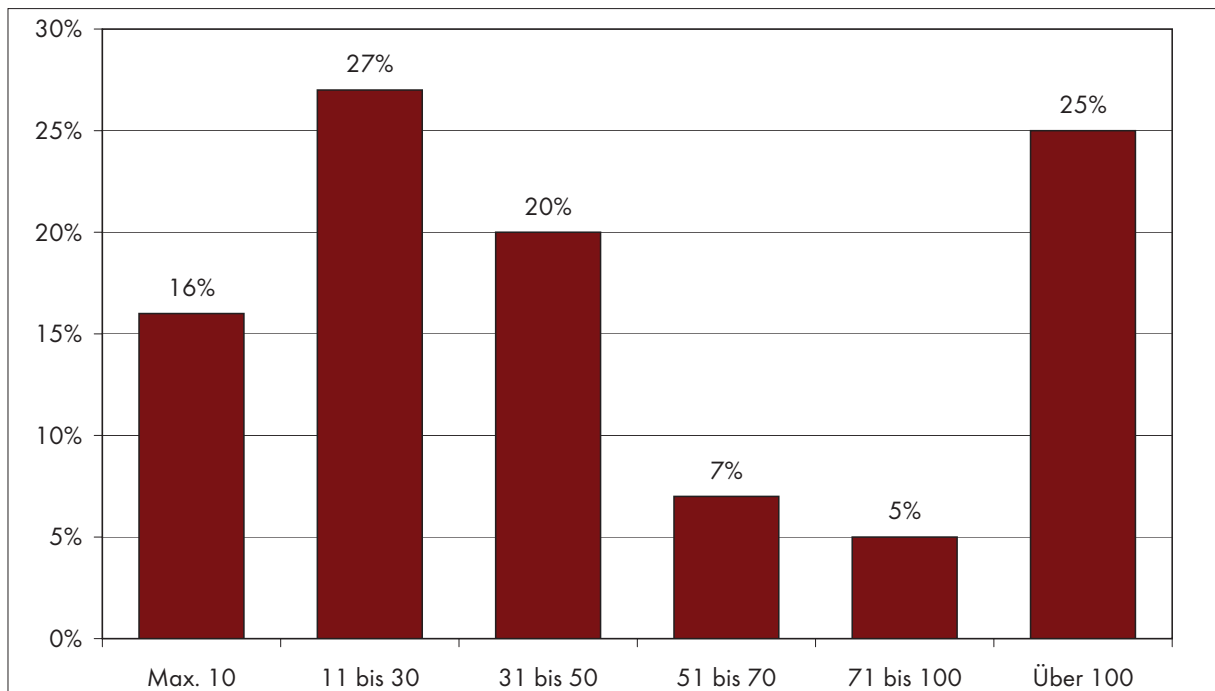


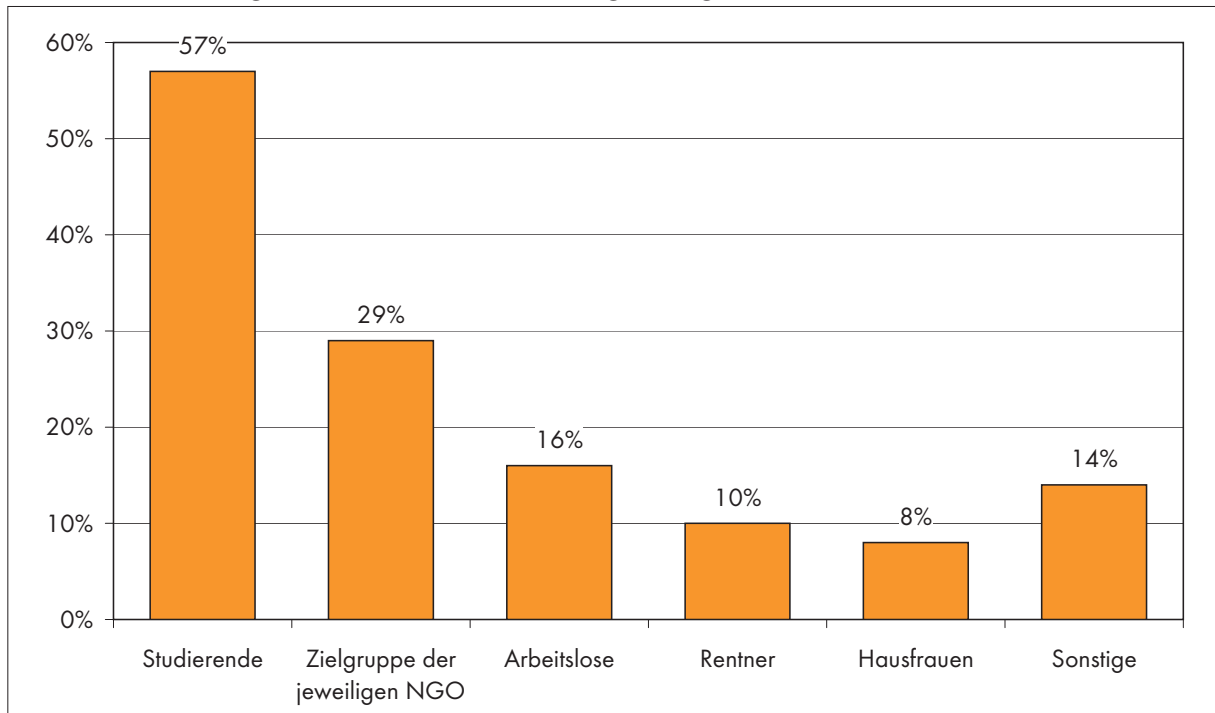
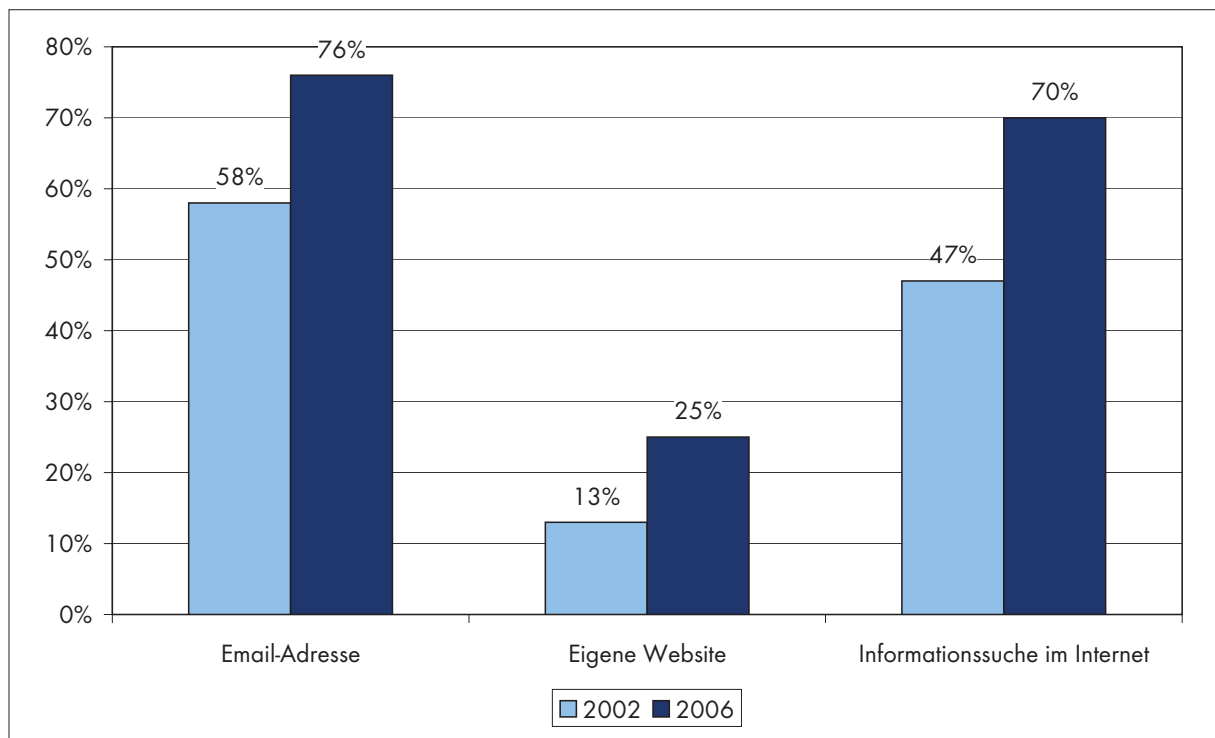
Teil 4: Organisationsstruktur

Grafik 9: Jahr der Registrierung



Grafik 10: Mitgliederzahl



Grafik 11: Freiwillige Helfer (Mehrfachnennungen möglich)

Grafik 12: Nutzung des Internets 2002 und 2006


Chronik
Vom 13. November bis zum 26. November 2007

13.11.2007	Russland und die Ukraine setzen eine gemeinsame Arbeitsgruppe ein zur Beseitigung der durch im Sturm gekenterte Schiffe verursachten Verschmutzungen des Schwarzen und Asowschen Meeres an der russisch-ukrainischen Grenze entlang der Straße von Kertsch.
13.11.2007	Das EU-Parlament stimmt für eine Vereinfachung des Visa-Regimes mit der Ukraine. Bulgarien und Rumänien, die nach ihrem EU-Beitritt in die Abschaffung der Visapflicht für EU-Bürger durch die Ukraine nicht einbezogen wurden, kündigen ihr Veto gegen die Neuregelung an. Die EU-Kommission fordert die Ukraine am 19.11. auf die Visapflicht für Bulgaren und Rumänen abzuschaffen.
14.11.2007	Die Ukraine erreicht eine Einigung mit Kirgistan bezüglich ihres WTO-Beitritts. Die Ukraine hat damit die Zustimmung aller Länder zu ihrem WTO-Beitritt. Der ukrainische Außenminister Arseni Jazenjuk erklärt, dass damit einem WTO-Beitritt der Ukraine zum Jahresende nichts mehr im Weg stünde.
15.11.2007	Die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Eröffnungssitzung des neugewählten Parlaments einigt sich auf den 23.11. als Termin für den Zusammentritt des neuen Parlaments.
15.11.2007	Unsere Ukraine erklärt, dass die Koalitionsvereinbarung mit dem Block Timoschenko am 23.11. unterzeichnet werde.
18.11.2007	Bei einer Gasexplosion in einem Kohleschacht in Donezk sterben mindestens 90 Bergleute.
18.11.2007	Etwa 5.000 Krimtataren demonstrieren in Simferopol für eine staatsanwaltschaftliche Untersuchung des Vorgehens der Polizei gegen einen illegalen Markt der Krimtataren. Bei dem Polizeieinsatz war es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit mehreren Verletzten gekommen.
21.11.2007	Der erste stellvertretende Ministerpräsident Nikolai Asarow erklärt, dass für die ukrainische Wirtschaft ein Erdgaspreis von 160 US-Dollar für 1000 Kubikmeter zu verkraften sei. Dieser Preis wird zunehmend als Importpreis für 2008 erwartet.
23.11.2007	Das Ende September neugewählte Parlament kommt zu seiner Eröffnungssitzung zusammen. Die alte Regierung unter Ministerpräsident Viktor Janukowitsch erklärte ihren Rücktritt. Das neue Parlament hat nun 60 Tage Zeit, sich auf eine Regierungskoalition zu einigen und eine Regierung zu bilden. Nach dieser Frist hat der Präsident das Recht zur Ansetzung von Neuwahlen.
26.11.2007	Juri Jechanurow, ein prominenter Abgeordneter von Unsere Ukraine, kritisiert die Koalitionsvereinbarung mit dem Block Timoschenko. Er kritisiert insbesondere die vorgesehene Abschaffung der Mehrwertsteuer, die Kompensation für durch die Hyperinflation Anfang der 1990er Jahre verlorene Spareinlagen sowie die Abschaffung der Wehrpflicht zum Jahresanfang 2008. Unter dem Koalitionsvertrag sollen insgesamt noch die Unterschriften von sieben Abgeordneten von Unsere Ukraine fehlen. Die Koalition aus Unsere Ukraine und Block Timoschenko hätte im Parlament eine Mehrheit von nur zwei Abgeordneten.
26.11.2007	Der Leiter der Präsidentschaftsverwaltung, Viktor Baloha, erklärt, dass zwei Mitgliedsparteien die Verhandlungen über den Zusammenschluss des Wahlblockes Unsere Ukraine - Selbstverteidigung des Volkes zu einer politischen Partei ausgesetzt hätten. Der Wahlblock besteht aus insgesamt neun Parteien. Ihr Zusammenschluss zur einer Partei war eine Forderung von Präsident Viktor Juschtschenko.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de

Lesehinweis

OSTEUROPA Heft 10 / Oktober 2007

OSTEUROPA 10/2007 ist erschienen. Das Heft mit dem Schwerpunkt »Wahlen in der Ukraine und Polen« enthält auf 178 Seiten 9 Beiträge, 7 farbige Karten, 12 farbige Abbildungen und kostet 10,00 €. Inhaltsverzeichnis und Abstracts unter: <http://osteuroopa.dgo-online.org/>. Bestellen Sie unter: osteuroopa@dgo-online.org. Das Heft enthält unter anderem folgende Beiträge zur Ukraine:

Rainer Lindner

Postrevolutionäre Realität

Die Ukraine braucht eine stabile Regierung

Ende September 2007 fanden in der Ukraine vorgezogene Parlamentswahlen statt. Die Wahl entsprach den Standards der OSZE und des Europarates. Die Bildung des Parlaments und der Regierung sowie die Umverteilung der Ressourcen sind im Gange. Jede Regierung wird sich nur dann stabilisieren können, wenn sie die Opposition zu konstruktiver Mitarbeit bewegt. Die Ukraine braucht dringend Reformen. Die »vertiefte Partnerschaft« mit der EU und die Verantwortung der Ukraine als regionale Ordnungsmacht könnten als Stabilitätsanker dienen. Stabilität ist nötig, um die Modernisierung des Landes voranzutreiben.

Mykola Rjabčuk

Erzwungener Pluralismus

Kommunizierende Röhren in der Ukraine

In der Ukraine existiert ein labiler Pluralismus. Seit 1992 konnten die konkurrierenden Eliten weder ein autoritäres System verankern noch die Demokratie konsolidieren. Verantwortlich dafür sind dysfunktionale Institutionen, eine schwache Gesellschaft und die Fragmentierung der Eliten. Der letzte Versuch, nach der Orangen Revolution die Demokratie zu konsolidieren, scheiterte, weil die Eliten es verpassten, neue Machtstrukturen und demokratische Verfahren zu schaffen. Doch das Verdienst der »Orangen Revolutionäre« bleibt, wie bei kommunizierenden Röhren die Verbindung zwischen Gesellschaft und Eliten wieder hergestellt zu haben. Der Ausgang der vorgezogenen Wahlen eröffnet die Chance, einen neuen Anlauf zu institutionellen Reformen und zur Rechtsstaatlichkeit zu nehmen.

Gerhard Simon

Die Erosion des Postkommunismus

Politische Kultur in der Ukraine im Wandel

Die Ukraine ist derzeit keine gefestigte Demokratie, aber auch kein autoritäres System. Sie verharrt in einem postkommunistischen Zwischenstadium und ringt um ihren Weg in die Zukunft. Die postkommunistischen Züge der politischen Kultur sind unübersehbar, aber ebenso unabweisbar sind die Fortschritte bei ihrer Überwindung und der Aufbruch in die Demokratie. Die Verfassung ist in zentralen Aspekten umstritten, das erschwert den Aufbau der politischen Institutionen, die vielmehr zum Spielball der Machtinteressen werden. Andererseits ist die Ukraine das einzige Land im Raum der GUS, in dem freie und faire Wahlen stattfinden, wo Medienfreiheit gewährleistet ist. Es entsteht ein Fundament für einen nationalen Konsens; dazu gehört die Orientierung des Landes auf EU-Europa.

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de